

# FREIBERUFLER-TICKER vom 24. April 2020

## 1. Jede vierte Existenzgründung in Freien Berufen

2019 wurden in Deutschland insgesamt rund 366.000 Existenzgründungen verzeichnet. Dies waren rund 700 oder 0,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Dieses leichte Minus wird vor allem durch einen Zuwachs bei den Freien Berufen abgefedert. Entsprechende Daten [präsentierte](#) das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn am 21. April 2020. Dieser Rückgang beruht allein auf der Abnahme der Gründungsaktivitäten in der gewerblichen Wirtschaft von knapp 1,6 Prozent. Dagegen nahm die Anzahl der Gründungen in den Freien Berufen und in der Land- und Forstwirtschaft – plus 1,9 Prozent – zu. Einen Zuwachs von rund 3,4 Prozent ermöglichten die 93.590 Personen, die 2019 den Schritt in die freiberufliche Existenz wagten. Mehr als die Hälfte davon waren Frauen. Damit übersteigt der Frauenanteil an den Gründern in den Freien Berufen deutlich den im gewerblichen Bereich, der mit 29,3 Prozent ausgewiesen wird. Auch die Gründungsintensität der Freiberufler ist weiter gestiegen. Das IfM vermisst seit 2012 die Zahl der Neugründungen je 10.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter auch für die Freien Berufe. Ihr Wert kletterte zwischen 2012 und 2019 von 15,1 auf 18,2. Bei den gewerblichen Gründungen fiel der Wert von 68,3 auf 51,6.

## 2. BFB zu Ergebnissen des Koalitionsausschusses: Hilfreichen Beschlüssen müssen weitere folgen

Das erklärte BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu den [Ergebnissen](#), auf die sich der Koalitionsausschuss am 22. April 2020 einigte. Bereits im Vorfeld hatte sich der BFB-Präsident mit einem Statement positioniert, das die Deutsche Presse-Agentur in einer Meldung aufgriffen hat. Diese Positionen sind eingeflossen in die Bewertung. In einer [Pressemitteilung](#) vom 23. April 2020 betonte der BFB-Präsident, dass die steuerliche Entlastung gerade für KMU durch Verlustverrechnung zusätzliche Liquidität sichert. Auch stellte er heraus, dass die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes den Beschäftigten mehr Liquidität verschafft. Hier ist aber darauf zu achten, dass dies in der Folge nicht zu Beitragserhöhungen führt. Richtig und wichtig ist zudem, Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden. Allerdings klafft die Mittelstandslücke beim KfW-Schnellkredit immer noch. Abhilfe schaffen kann ein ergänzendes Angebot der Bürgschaftsbanken, das ebenfalls einen 100 Prozent garantierten Verbürgungsrahmen vorsieht. Nachgebessert werden muss auch bei der Corona-Soforthilfe, die Teile der Freiberufler nicht in Anspruch nehmen können, weil die Fristen zu kurz sind. Die Folgen der krisenbedingten Einschränkungen werden Teile der Freien Berufe erst in zwei, vielleicht drei Monaten treffen. So fordert der BFB weiterhin, die Soforthilfe des Bundes um drei Monate zu verlängern und finanziell weiter zu unterlegen.

## 3. Jeder dritte Betrieb zeigt Kurzarbeit an

Bis zum 20. April 2020 meldeten rund 718.000 Betriebe bei den Agenturen für Arbeit Kurzarbeit an. In den Arbeitsagenturen gehen weiterhin Anzeigen zur Kurzarbeit ein, die Kurve flacht aber deutlich ab. Die Daten basieren auf Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit, die am 22. April 2020 [veröffentlicht](#) wurden. Trotz der weiteren Anzeigen für Kurzarbeit sinkt die Gesamtzahl der Betriebe im Vergleich zur Vorwoche um 7.000 auf rund 718.000. Die Ursache liegt in Doppelerfassungen von Kurzarbeitsanzeigen: Einige Betriebe zeigten die Kurzarbeit auf verschiedenen Wegen an, etwa postalisch und gleichzeitig online. Inzwischen bearbeiten über 8.500 Beschäftigte Kurzarbeitsanzeigen und rechnen ab. Das sind vierzehn Mal so viele wie in normalen Zeiten.

#### 4. Deutsches Stabilitätsprogramm 2020 beschlossen

Das Bundeskabinett beschloss am 22. April 2020 das [Deutsche Stabilitätsprogramm 2020](#), das im nächsten Schritt der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) übersandt wird. Mit dem Ziel des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Stützung von Arbeitsplätzen und Unternehmen verabschiedete die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket von historischem Ausmaß. Das Volumen der gesamtstaatlichen haushaltswirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie liegt in diesem Jahr bei rund 353 Milliarden Euro. Hinzu kommen 100 Milliarden Euro, die der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Finanzierung zur Verfügung gestellt werden, der Umfang der zusätzlichen Garantien liegt bei rund 820 Milliarden Euro. Aufgrund der stark expansiven Finanzpolitik zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und des erheblichen Wachstumsrückgangs 2020 wird der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo voraussichtlich ein Defizit von 7 ¼ Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweisen und die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bis zum Ende des laufenden Jahres auf 75 ¼ Prozent des BIP steigen.

#### 5. KfW-Blitzumfrage: Selbstständige von der Auswirkungen der Corona-Pandemie hart betroffen

Laut einer [Pressemitteilung](#) der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom 21. April 2020 erleiden 90 Prozent der Selbstständigen infolge der Corona-Pandemie Umsatzeinbußen. Dies ist ein Ergebnis einer Umfrage unter Selbstständigen und Gründungsplanern auf der [Gründerplattform](#). Weitere Erkenntnisse zeigen, dass mehr als der Hälfte der Selbstständigen über drei Viertel ihrer Umsätze wegbrechen und ein Drittel sogar gar keine Einnahmen mehr hat. Zudem können nur ein Drittel der Umfrageteilnehmer mit eigenen Mitteln länger als drei Monate zahlungsfähig bleiben. Acht von zehn Selbstständigen würden vom staatlichen Hilfsangebot Gebrauch machen.

#### 6. Leitlinien zur Gewährleistung von Datenschutzstandards bei Tracking-Apps

Die Europäische Kommission hat Ende vergangener Woche [Leitlinien](#) zum Datenschutz im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Apps zur Unterstützung der Bekämpfung des Coronavirus veröffentlicht. Die EU-Vorschriften, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung und die e-Privacy-Richtlinie, böten dabei die besten Garantien für Vertrauenswürdigkeit, auf deren Grundlage solche Apps umfassend und zweckmäßig verwendet werden könnten, so die EU-Kommission. Mit den neuen Leitlinien soll ein erforderlicher Rahmen geschaffen werden, um sicherzustellen, dass die personenbezogenen Daten der betroffenen Bürger bei Verwendung solcher Apps hinreichend geschützt werden und der Eingriff in ihre Privatsphäre beschränkt bleibt. Zu dem Leitlinienentwurf wurde eine [Stellungnahme](#) des Europäischen Datenschutzausschusses eingeholt. Die Leitlinien gehen auf die am 8. April 2020 veröffentlichte [Empfehlung](#) der EU-Kommission für ein gemeinsames EU-Konzept zum Einsatz von Tracking-Apps zurück und ergänzen das Ende vergangener Woche vorgestellte [EU-Instrumentarium für Tracking-Apps](#).

#### 7. EU-Kommission öffnet ihr Übersetzungstool für KMU

Alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Europa können ab sofort das Übersetzungstool [eTranslation](#) der Europäischen Kommission kostenlos nutzen. Das sichere Tool soll den KMU helfen, bei der Übersetzung von Unterlagen und Texten Zeit und Geld zu sparen. Vertraulichkeit und Sicherheit aller übersetzten Daten seien dabei garantiert, so die EU-Kommission. Das Tool wird von öffentlichen Einrichtungen der EU und der Mitgliedstaaten bereits in breitem Umfang genutzt und als zuverlässiges Instrument geschätzt. Es deckt alle 24 offiziellen EU-Sprachen sowie Isländisch, Norwegisch und Russisch ab.

## 8. Modernisierung des Personengesellschaftsrechts

Die vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) eingesetzte Expertenkommission legte am 20. April 2020 ihren [Entwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts](#) vor, wie das Ministerium in seiner [Pressemitteilung](#) berichtete. Mit dem im Koalitionsvertrag verabredeten Reformvorhaben soll das Recht der Personengesellschaften an die Bedürfnisse des modernen Wirtschaftslebens angepasst werden. Die Gesellschaften sollen nach außen transparenter werden und interne Abstimmungsprozesse der Unternehmen sollen durch klare Regelungen einfach und rechtssicher werden. Darüber hinaus soll der Wechsel der Gesellschaftsformen erleichtert werden. Das von der Kommission vorgelegte Gesetzespaket, das einschließlich aller Folgeanpassungen eine Änderung von 39 Gesetzen vorsieht, umfasst insbesondere Vorschläge zur Einrichtung eines Registers für Gesellschaften bürgerlichen Rechts, die Etablierung handelsrechtlicher Rechtsformen auch für freiberufliche Tätigkeiten und die Einführung eines Beschlussmängelrechts für Personengesellschaften. Ein zentraler Punkt des Reformvorschlags ist die Öffnung aller Gesellschaftsformen (unter anderem auch der GmbH & Co. KG) auch für Freie Berufe, wobei letztlich das individuelle Berufsrecht maßgeblich sein soll.

## 9. Hiesige Arbeitskosten über EU-Durchschnitt

Arbeitgeber des deutschen Produzierenden Gewerbes und wirtschaftlicher Dienstleistungen bezahlten 2019 durchschnittlich 35,90 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Wie das Statistische Bundesamt am 23. April 2020 weiter [mitteilte](#), lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit innerhalb der Europäischen Union (EU 27 ohne Vereinigtes Königreich) auf Rang sieben, 2018 war es noch der sechste Platz. Damit ist eine Arbeitsstunde in Deutschland relativ gesehen leicht günstiger geworden. Dänemark hatte mit 46,30 Euro die höchsten Arbeitskosten je geleistete Stunde, gefolgt von Luxemburg mit 41,30 Euro und Belgien mit 40,70 Euro. Am anderen Ende der Skala liegt Bulgarien mit sechs Euro, gefolgt von Rumänien mit 7,30 Euro und Litauen mit 9,50 Euro.

## 10. Europa-2020-Beschäftigungsindikatoren

2019 lag die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU) mit 73,1 Prozent höher als 2018 mit 72,4 Prozent. In der Strategie Europa 2020 wurde als Ziel festgelegt, bis 2020 in der EU bei den 20- bis 64-Jährigen eine Erwerbstätigenquote von insgesamt mindestens 75 Prozent zu erreichen. Diese Vorgabe wurde in unterschiedliche nationale Ziele umgesetzt, um die Situationen der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Der Aufwärtstrend bei der Erwerbstätigenquote ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen erkennbar. Auch die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg in der EU in den letzten Jahren stetig an. Diese Erkenntnisse stammen aus Ergebnissen der Europäischen Arbeitskräfteerhebung für 2019 und wurden vom statistischen Amt der Europäischen Union am 21. April 2020 [veröffentlicht](#). 17 Mitgliedstaaten erreichten ihre Europa-2020-Beschäftigungsziele: Erwerbstätigenquoten über 75 Prozent verzeichneten Schweden mit 82,1 Prozent, Deutschland mit 80,6 Prozent, Tschechien mit 80,3 Prozent, Estland mit 80,2 Prozent und die Niederlande mit 80,1 Prozent. Diese fünf Länder übertrafen ihre Zielwerte für diesen Indikator, was auch auf Irland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und die Slowakei zutrifft. Die niedrigste Erwerbstätigenquote wurde mit 61,2 Prozent in Griechenland registriert, gefolgt von Italien, Kroatien und Spanien.

## 11. Viele Schüler verbringen nur wenig Zeit mit schulischen Aufgaben

Das zeigen Daten aus einer Schülerbefragung während der Schulschließungen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 23. April 2020 [vorstellte](#). Der allergrößte Teil der befragten Jugendlichen empfängt mindestens einmal wöchentlich Lehrmaterialien durch die Schule. Bei 47 Prozent erfolgt dies täglich, bei weiteren 47 Prozent zumindest einmal wöchentlich. Lediglich sechs Prozent geben an, seltener als einmal wöchentlich Lehrmaterialien zu bekommen. Der Kontakt zwischen Lehrern und den Jugendlichen findet über verschiedene Kanäle statt, die teils parallel eingesetzt werden. Vor allem Onlineplattformen und E-Mails werden vonseiten der Schulen genutzt. Unter der Woche verbringen 27 Prozent der Jugendlichen täglich vier oder mehr Stunden mit schulischen Aktivitäten wie beispielsweise der Aufgabenbearbeitung oder digitalem Unterricht. 35 Prozent wenden zwei bis unter vier Stunden täglich auf, 37 Prozent weniger als zwei Stunden. Die Befragten des Abiturjahrgangs geben mit 46 Prozent sogar noch häufiger an, weniger als zwei Stunden täglich für die Schule aufzuwenden. 45 Prozent der Schüler machen sich große oder sehr große Sorgen, dass sich die Schulschließungen negativ auf ihre Schulleistungen auswirken. Weniger häufig besorgt sind die Befragten um ihre berufliche Zukunft (28 Prozent). Die Sorgen der Jugendlichen hinsichtlich ihrer Schulleistung und der beruflichen Zukunft weisen starke geschlechtsspezifische Unterschiede auf.

## 12. Hochschulsausgaben 2018 um sechs Prozent gestiegen

2018 gaben die öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen in Deutschland insgesamt 57,3 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Wie das Statistische Bundesamt am 23. April 2020 weiter [mitteilte](#), waren die Personalausgaben mit 33,0 Milliarden Euro der größte Ausgabeposten der Hochschulen. Sie machten 2018 wie im Vorjahr 58 Prozent der gesamten Hochschulsausgaben aus. Der laufende Sachaufwand betrug 19,5 Milliarden Euro, 2017 lag er bei 18,3 Milliarden Euro. Für Investitionen wurden 4,8 Milliarden Euro aufgewendet, 2017 waren es 4,5 Milliarden Euro. Auf die Universitäten ohne medizinische Einrichtungen und Gesundheitswissenschaften entfiel 2018 ein Ausgabevolumen von 22,1 Milliarden Euro. Das waren vier Prozent mehr als 2017. In ihren medizinischen Einrichtungen (einschließlich Gesundheitswissenschaften) wendeten die Universitäten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 26,9 Milliarden Euro, plus acht Prozent, auf. Die Ausgaben der Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) stiegen um sechs Prozent auf 7,4 Milliarden Euro. Die eigenen Einnahmen der Hochschulen stiegen 2018 im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf insgesamt 30,6 Milliarden Euro. Die Eigenfinanzierung der Hochschulen konnte somit wiederum gut die Hälfte der Ausgaben decken.

## 13. Bundeskabinett beschließt höhere Renten

Ab Juli 2020 steigen die Renten in Deutschland, in Westdeutschland um 3,45 Prozent, im Osten um 4,2 Prozent. Das [beschloss](#) das Bundeskabinett bei seiner Sitzung am 22. April 2020. Für eine Standardrente bedeutet das: Künftig beträgt sie im Westen monatlich 1.538,55 Euro, 51,37 Euro mehr als im Vorjahr, und im Osten 1.495,35 Euro, plus 60,30 Euro. In diesem Jahr greift für die neuen Bundesländer zum dritten Mal die 2017 gesetzlich beschlossene Ost-West-Rentenangleichung. Der aktuelle Rentenwert (Ost) wird so angepasst, dass er mindestens die gesetzlich festgelegte Angleichungsstufe von 97,2 Prozent des Westwertes erreicht.

## 14. Mittelabfluss bei Breitbandförderung

2019 standen nach Angaben der Bundesregierung für das Breitbandförderprogramm des Bundes im Haushaltsplan Mittelansätze in Höhe von 74,66 Millionen Euro zur Verfügung, heißt es in der

Antwort der Bundesregierung ([19/18220](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche informierte. Positiv entwickelt hat sich der Vorlage zufolge der Mittelabfluss, der bei insgesamt 467 Millionen Euro liegt. Allein im Haushaltsjahr 2019 seien 285,41 Millionen Euro abgeflossen. Bis zum 5. März 2020 seien es 32,91 Millionen Euro gewesen. 2016 lag der Mittelabfluss laut der Antwort bei 5,29 Millionen Euro, 2017 bei 22,45 Millionen Euro und 2018 bei 121,17 Millionen Euro.

#### **15. Immer mehr nutzen geschäftliche mobile Endgeräte**

In der Europäischen Union (EU) steigt der Anteil der Mitarbeiter, die mit Geräten des Unternehmens ausgestattet sind, die eine mobile Internetverbindung ermöglichen. 2019 erhielten 28 Prozent aller Beschäftigten in Unternehmen in der EU einen tragbaren Computer oder ein anderes Gerät wie ein Smartphone. Dies war gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg von 26 Prozent. Diese Praxis war in Schweden mit 57 Prozent der Beschäftigten am weitesten verbreitet, gefolgt von Irland mit 55 Prozent und Finnland mit 54 Prozent. In Bulgarien waren es hingegen nur elf Prozent, in Zypern 16 Prozent und in Griechenland 17 Prozent. In Deutschland galt dies für 25 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der Europäischen Union Ende vergangener Woche mit.